

Die Sammlung Bührle ist kontaminierter als angenommen, hielt ein Historiker-Bericht im letzten Sommer fest – seither herrscht Funkstille in diesem Zürcher Skandalstück, dabei kam es jüngst zu politischen Weichenstellungen

Das grosse Schweigen

BENJAMIN ROTHSCHILD

Es war ein Paukenschlag kurz vor dem Sommerloch: Ende Juni 2024 veröffentlichte der Historiker Raphael Gross seinen Bericht in der «Causa Bührle». Gross hatte die Qualität der Herkunftsabklärung – die sogenannte Provenienzforschung – der Bührle-Stiftung im Auftrag von Stadt und Kanton Zürich sowie der Kunstgesellschaft untersucht. Erkenntnis: Trotz jahrelang anderslautender Beteuerungen habe die Bührle-Stiftung die Herkunft der dem Kunsthaus ausgeliehenen Bilder nur ungenügend abgeklärt. Bei insgesamt 62 der 205 Werke aus der Bührle-Sammlung konnten Gross und sein Team einen jüdischen Vorbesitz zwischen 1933 und 1945 feststellen – die Stiftung hatte «nur» 41 jüdische Vorbesitzer dokumentiert, ohne diese so zu benennen. Und: Die von der Bührle-Stiftung vorgenommene Einstufung zahlreicher Bilder als «unproblematisch» oder «ohne Hinweis auf problematische Zusammenhänge» sei in vielen Fällen nicht haltbar (*tachles* berichtete).

Kleinkrämerei nach Bericht

Gross' Fazit: In der Geschichte der Bührle-Sammlung spiegle sich nicht nur die Figur des 1956 verstorbenen Waffenhändlers Emil G. Bührle, einem Mann, der einen Grossteil seines

Vermögens mit Geschäften mit Nazi-Deutschland erwirtschaftete und mit ebendiesem Vermögen am Kunstraub an den europäischen Juden partizipierte, sondern auch jene der Schweiz sowie die jüdisch-europäische Kulturgeschichte – und damit auch der Holocaust.

Der Historiker Gross empfahl in seinem Bericht die Weiterführung der Provenienzforschung. Und die Errichtung eines unabhängigen Gremiums, das ein Prüfschema für den «NS-verfolgungsbedingten Entzug» von Kunstwerken entwickeln sollte. Zudem regte er eine Auseinandersetzung mit dem Titel «Sammlung Emil Bührle» an. Denn es stelle sich die Frage, ob eine Präsentation eines Teils seiner Sammlung im Kunsthaus nicht seinen Namen «nobilitiert».

Die Reaktion von Stadt, Kanton und Kunstgesellschaft fiel in der Folge um einiges kleinformatiger aus als der 167-seitige Gross-Bericht selbst: Einige Tage nach der Veröffentlichung und kurz vor den Sommerferien gaben die Verantwortlichen in einer Medienmitteilung zu Protokoll, dass die Zürcher Kunstgesellschaft mit der Eigentümerin der Werke (der Bührle-Stiftung) «nach Lösungen» suche. Es seien «Gespräche vereinbart» worden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Schwierigkeit erwähnt, dass weitere Provenienzforschung «mit hohen Kosten verbunden sein dürfte».

Rund neun Monate später laufen die besagten Gespräche noch immer, wie Stadt und Kunstgesellschaft auf Anfrage von *tachles* mitteilen. Mehr erfährt man nicht. Aktuell sei nicht absehbar, wann in dieser Angelegenheit «tragfähige Ergebnisse oder Entscheide» öffentlich kommuniziert werden können. Auch andere Akteure, die sich mit dem Dossier befasst haben, tapen weitgehend im Dunkeln. Historiker Raphael Gross möchte sich nach Abschluss seines Mandates nicht öffentlich zur Sache äussern.

Dabei kam es jüngst auf verschiedenen politischen Ebenen zu Ankündigungen, die mittel- bis langfristig auch für den Fall Bührle von Bedeutung sein könnten: Die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP), seitens der Stadt Zürich die politische Hauptverantwortliche für das Dossier, kündigte nach 17 Jahren im Amt ihren Rücktritt auf das Frühjahr 2026 an. Und auf Bundesebene sprach sich das Parlament Mitte März für die Schaffung einer unabhängigen Expertenkommission für historisch belastetes Kulturerbe aus.

Bilder mit «Packungsbeilage»

Im Erweiterungsbau des Zürcher Kunsthauses schleppen sich derweil an einem Freitagnachmittag Ende März rund 20 Personen mit Kopfhörern die schweren Marmorstufen hoch. Ganz oben, im zweiten Stock, angekommen, führt Kunsthistorikerin Marion Bernauer durch die Ausstellung «Eine Zukunft für die Vergangenheit». Diese zeigt die Sammlung Bührle im historischen Kontext und wird aktuell mehrmals pro Monat mit Führung angeboten. Bernauers Headset ist mit den Kopfhörern der Anwesenden verbunden. Diese erfahren neben Kunstgeschichtlichem («Monet mochte keine goldenen Bilderrahmen») auch Hintergrundiges über die Ausstellung: zum Beispiel, dass die 109 Werke aus dem Fundus der Stiftung Bührle nach mehreren «Interventionen» neu gehängt worden seien. Seien sie erst unmittelbar nach Eröffnung des neuen Chipperfield-Erweiterungsbaus im Oktober 2021, nach «kunsthistorischen» Kriterien gegliedert gewesen, so sei der Fokus seit November 2023 ein anderer: Im Zentrum stünde nun die Rolle des Namensgebers Emil G. Bührle und die Fragen nach der Herkunft der Bilder.

Der Historiker Erich Keller hatte es für das Online-Magazin «Republik» einst etwas weniger diplomatisch formuliert: Die Eröff-

Zürich Wichtige Verträge der Kunstgesellschaft

Das Kunsthaus Zürich wird von der Zürcher Kunstgesellschaft betrieben. Diese wird aktuell vom ehemaligen Nationalbankpräsidenten Philipp Hildebrand präsiert, die Stadt Zürich ist über Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) im Vorstand vertreten. Die Kunstgesellschaft hat mit der Stadt Zürich einen Subventionsvertrag geschlossen. In diesem, letztmals im Oktober 2024 geänderten Vertrag finden sich auch Grundsätze zu Ethik und Provenienzforschung. Dabei heisst es unter anderem, dass die Kunstgesellschaft keine Werke ausstellt, bei denen «substantiierte Hinweise auf NS-verfolgungsbedingten Entzug» bestehen. Ein weiteres wichtiges Vertragswerk ist der

Leihvertrag zwischen der Kunstgesellschaft und der Bührle-Stiftung. Dieser wurde im Februar 2022 neu aufgelegt, nachdem der neue Chipperfield-Bau eröffnet worden war und nachdem der vorherige (bis dahin unveröffentlichte) Vertrag Gegenstand von Kontroversen war. Der neue Vertrag enthielt unter anderem ein Bekenntnis zu den «Richtlinien der Washingtoner Konferenz in Bezug auf Kunstwerke, die von Nationalsozialisten konfisziert wurden» und hielt fest, dass die Kunstgesellschaft die weitere Provenienzforschung betreffend die Bührle-Sammlung übernimmt. Zuvor war die Provenienzforschung in der Praxis Sache der Bührle-Stiftung. *TA*